

Stadt Salzburg im „Ausnahmezustand“ oder macht Durchgriffsrecht in Österreich Schule?

Gastbeitrag des ÖHGB Salzburg zum Artikel „Zweitwohnsitze“ im SF am 2.12.2015

Die Stadt Salzburg hat ein Wohnungsproblem, das ist allgemein bekannt. Wie sie jedoch nun versucht, von den eigenen Versäumnissen und Fehlern in der Wohnraum-Politik abzulenken ist unfassbar. Um zu überprüfen, ob und wie Wohnungen genutzt werden, finden nun überfallsartig, auch nächtliche, Wohnungsnutzungs-Kontrollen statt. Das erinnert an böse Zeiten, in denen das Hausrecht nichts wert war.

Die Baubehörde wurde vom Land offenbar mit Befugnissen ausgestattet, die einem polizeilichen Durchsuchungsbefehl gleichkommen und damit jedes Recht auf Achtung des Eigentums und des Privat- und Familienlebens mit Füßen tritt.

So wurde von Aktionen berichtet, in denen die Beamten der Baubehörde bis ins Schlafzimmer vorgedrungen sind und Schränke geöffnet haben. Eben-

so wurden Badezimmer in Augenschein genommen und die intimsten Bereiche auf Ablagen, von der Zahnbürste bis zur Seife, beschnüffelt und fotografiert. Ebenso wurden Bewohner beim Öffnen der Wohnungstür und im Inneren überfallsartig fotografiert. Wo bleibt da der Schutz der Privatsphäre, wo das Recht auf Schutz der eigenen Person bei Bildern. Dieses entwürdigende Schauspiel der Schnüffelei bis ins Schlaf- und Badezimmer ist sofort abzustellen!



Carola Schöllwender



Dr. Lukas Wolff

ALSO POLIZEISTAAT STATT RECHTSSTAAT? Wie in einem Polizeistaat glaubt die Baupolizei Wohnungen jederzeit betreten und in diesen herum schnüffeln zu können. Nur bei schwersten Straftaten und nur über richterliche Verfügung kann das Hausrecht eingeschränkt werden. Die Aufhebung dieses Grundsatzes ist unerträglich.

Der ÖHGB Salzburg (Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund) als Interessenvertretung aller Eigentümer in

Stadt und Land Salzburg ist empört über diese Vorgehensweise, die einer Demokratie und eines Rechtsstaates unwürdig ist! Wir protestieren auf das Schärfste im Interesse aller Haus- und Grundeigentümer gegen diese Schnüffeleiaktionen und diese Kontrollwut der Behörde.

Wir behalten uns als ÖHGB auch eine Beschwerde bzgl. Verletzung der Grundrechte lt. Völkerrecht bei den Rechtsorganen im Bund und in der Europäischen Kommission vor. Und: Wir werden uns massiv mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Willkür zur Wehr setzen. So nämlich nicht! Nicht mit uns Steuer zahlenden EigentümerInnen in Salzburg!

Österr. Haus- und Grundbesitzerbund (ÖHGB) Salzburg
Obmann Dr. Lukas Wolff,
GF Carola Schöllwender

FENSTER

Tipps und Trends
WERBUNG

Seite 7
Nr. 44 / 16.12.2015

WIRTSCHAFT



Der Österr. Haus- und Grundbesitzerbund verwahrt sich gegen Schnüffeleiaktionen und Kontrollwut der Behörden im Zusammenhang mit Zweitwohnsitzen in Gebieten, wo diese nicht sein dürfen.

Foto: Newscast